

Resolution

Auskömmliche Gestaltung der finanziellen Ausstattung der Kommunen bezüglich der durch den Bund übertragenen Aufgaben und Verpflichtungen

Die Kommunen werden immer stärker durch die Aufgaben und Verpflichtungen belastet, die ihnen durch den Bund übertragen werden. Diese Entwicklungen bringen für die Kommunen – so auch für die Stadt Jever – massive Herausforderungen mit sich. Zum einen sind die Kommunen aufgrund des hohen und dauerhaften Arbeitsaufkommens zunehmend und spürbar überlastet, zum anderen erhalten die Kommunen eine viel zu geringe finanzielle Unterstützung seitens des Bundes, um diese Aufgaben bewerkstelligen zu können. Die finanzielle Situation hat sich hierdurch in vielen – wenn nicht nahezu allen – Kommunen massiv verschlechtert, sodass diese immer stärker und auch nachhaltig belastet werden.

Es gibt zahlreiche Beispiele, insbesondere im sozialen Bereich, im Bildungssektor und bei der Infrastruktur, die aufzeigen, dass die Kommunen vor großen, finanziell kaum stemmbaren Belastungen stehen, wie beispielsweise die Sicherstellung einer adäquaten Ganztagsbetreuung in Kindertagesstätten oder Schulen: Ab dem 1. August 2026 werden alle Erstklässlerinnen und Erstklässler in Niedersachsen Anspruch auf eine Ganztagsbetreuung in der Schule haben. In den darauffolgenden Jahren wird diese Regelung schrittweise ausgeweitet werden und mit Beginn des Schuljahres 2029 abgeschlossen sein. Um die Schulen auf den sich dadurch veränderten Bedarf anzupassen, sind seitens der Kommunen immense Investitionen notwendig. Aktuell saniert und erweitert die Stadt Jever die Paul-Sillus-Schule (Grundschule) in Jever in aufwendiger Art und Weise, um eine zeitgemäße und zukunftsorientierte Bildung für die Schulkinder gewährleisten zu können und gleichzeitig bis Mitte 2026 den Anspruch auf Ganztagsbetreuung an dieser Schule gerecht zu werden. Dieser Umbau wird voraussichtlich rund 8.995.000 Euro kosten. Das Land Niedersachsen stellt der Stadt Jever für die Sanierung aller drei in Jever bestehenden Grundschulen jedoch lediglich eine Fördersumme von insgesamt 532.463,14 Euro zur Verfügung. Da davon auszugehen ist, dass mindestens noch eine weitere der insgesamt drei Grundschulen der Stadt Jever in naher Zukunft entsprechend umgebaut werden muss und mit dieser Baumaßnahme ebenfalls immense Investitionen verbunden sind, wird deutlich, wie dramatisch die Stadt Jever – allein durch die Folgen dieses geänderten gesetzlichen Rechtsanspruchs – finanziell belastet wird. Von einer erneuten Förderung seitens des Landes Niedersachsen ist derzeit jedoch nicht auszugehen.

Seit dem 1. August 2013 haben alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr zudem einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte. Der tendenziell steigende Bedarf hat zur Folge, dass die vorhandenen Einrichtungen

erweitert und/oder neue Kindertagesstätten gebaut werden müssen. Darüber hinaus wird deutlich mehr Personal benötigt, um die Betreuung der Kinder gewährleisten zu können. Diese Umstände wirken sich finanziell ebenfalls negativ auf die Kommunen – so auch auf die Stadt Jever – aus.

Auch die Unterbringung und Betreuung der in Jever lebenden Geflüchteten führt zu weiteren großen Kostenpunkten, die von den Kommunen getragen werden müssen. Die dadurch entstehenden Kosten werden in großen Teilen nicht vom Bund oder Land übernommen, sodass im Falle der im Landkreis Friesland lebenden Geflüchteten der Landkreis Friesland dies übernehmen muss und die Stadt Jever – wie auch die übrigen Kommunen Frieslands – mit höheren Kreisumlagen belastet werden.

Die Sicherstellung des Brand- und Katastrophenschutzes ist eine weitere zentrale Aufgabe der Kommunen. Investitionen in die Berufsfeuerwehren sowie in die freiwilligen Feuerwehren stellen notwendige Voraussetzungen dar, um die Handlungsfähigkeit der Feuerwehren aufrechtzuerhalten und die Bevölkerung adäquat schützen zu können. Gleichzeitig sind derartige Finanzierungen seitens der Kommunen kaum noch realisierbar.

Es zeigt sich deutlich, dass die aktuelle finanzielle Ausstattung vieler Kommunen den steigenden Anforderungen nicht gerecht wird. Besonders kleinere und strukturschwächere Gemeinden geraten dabei zunehmend unter Druck und müssen teils gravierende Einsparungen vornehmen, die langfristig die Lebensqualität vor Ort beeinträchtigen.

Der Rat der Stadt Jever fordert die Bundesregierung daher eindringlich dazu auf, die finanzielle Ausstattung der Kommunen diesen Entwicklungen anzupassen und somit deutlich zu verbessern, damit die Kommunen handlungsfähig bleiben und ihre originären Aufgaben, zu denen sie verpflichtet sind, weiterhin erfüllen können.

Diese Resolution wurde vom Rat der Stadt Jever in seiner Sitzung am 24. Oktober 2024 einstimmig beschlossen.



Jan Edo Albers
Bürgermeister der Stadt Jever